



Geschäftsbericht

2025

BBB Bürgschaftsbank zu
Berlin-Brandenburg GmbH



Aktiva	Stand am 31.12.2025		Vorjahr	Passiva	Stand am 31.12.2025		Vorjahr
	EUR	EUR			TEUR	EUR	
1. Barreserve				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) Kassenbestand		0,00	0	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		13,03	1
2. Forderungen an Kreditinstitute				2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) täglich fällig		1.917.002,74	2.701	a) täglich fällig		4.373,25	0
b) andere Forderungen		7.964.245,58	5.927				
3. Forderungen an Kunden		537.818,97	510	3. Sonstige Verbindlichkeiten		286.941,15	610
				4. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				5. Rückstellungen			
b) Anleihen u. Schuldverschreibungen				c) andere Rückstellungen		18.502.745,48	15.654
ba) von öffentlichen Emittenten		21.548.495,72	19.178				
darunter:				6. Fonds für allgemeine Bankrisiken		14.976.946,20	14.977
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank							
EUR 21.548.495,72 (Vorjahr: EUR 19.178.239,16)				7. Eigenkapital			
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		0,00	0	a) Gezeichnetes Kapital	4.329.375,00		4.329
6. Beteiligungen		5.500,00	6	b) Kapitalrücklage	3.701.641,71		3.702
7. Immaterielle Anlagewerte			P	c) Gewinnrücklagen			
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		161.079,25	96	cc) satzungsmäßige Rücklagen	<u>6.071.752,66</u>	14.102.769,37	5.884
8. Sachanlagen		15.546.761,78	15.404				
9. Sonstige Vermögensgegenstände		139.194,40	1.233				
0. Rechnungsabgrenzungsposten		53.690,04	103				
		<u>47.873.788,48</u>	<u>45.157</u>			<u>47.873.788,48</u>	<u>45.157</u>

Berlin, 16. April 2026


Steffen Hartung


Melanie Bähr

1. Eventualverbindlichkeiten:		
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	268.302.357,97	261.697
2. Andere Verpflichtungen:		
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	12.880.521,77	20.627

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>Stand am 31.12.2025</u> <u>EUR</u>	<u>Vorjahr</u> <u>TEUR</u>
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		137.803,15		
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>625.910,96</u>	763.714,11	793
2. Provisionserträge			8.400.876,73	8.254
3. Provisionsaufwendungen			-3.795,66	-4
4. Sonstige betriebliche Erträge			1.328.631,46	1.107
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-3.063.996,31			-2.662
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, darunter für Altersversorgung: EUR 161.187,67 (Vorjahr: EUR 125.067,92)	<u>-677.411,90</u>	-3.741.408,21		-562
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-1.627.430,22</u>	-5.368.838,43	-1.879
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-270.007,93	-204
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-210.453,75	-176
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-4.168.883,32	-492
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-343.384,72	-194
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			59.876,83	45
11. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	-3.800
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<u>187.735,32</u>	<u>226</u>
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
c) in satzungsmäßige Rücklagen			187.735,32	226
14. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>0,00</u>	<u>0</u>

Berlin, 16. April 2026


Steffen Hartung


Melanie Bähr

Anhang

A. Allgemeines

Die Gesellschaft verfolgt Zwecke im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 8 KWG. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften des HGB und der besonderen Vorschriften des HGB für Kreditinstitute, des GmbHG sowie der RechKredV aufgestellt.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Anforderungen des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes.

2. Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sachanlagen) sowie die immateriellen Anlagewerte (Software) werden zu Anschaffungskosten abzüglich nutzungsbedingter linearer Abschreibungen bewertet.

Als Nutzungsdauer sind bei den Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens 33 Jahre für das eigene Gebäude und drei bis 15 Jahre für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie bei den immateriellen Vermögensgegenständen grundsätzlich drei Jahre zugrunde gelegt.

Gemäß § 6 Abs. 2 EStG wurden im Berichtsjahr geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR voll abgeschrieben.

Beteiligungen wurden ebenfalls mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

3. Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden (Bürgschaftsprovisionen, Bearbeitungsgebühren) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Nennwerten angesetzt.

4. Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennbetrag angesetzt.

5. Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

6. Rückstellungen

Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ausreichend bemessen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Allen im Bürgschafts- und Garantiegeschäft erkennbaren Einzelrisiken hat die BBB durch Bildung von Einzelrückstellungen Rechnung getragen. Für die latenten Risiken im Bürgschafts- und Garantiegeschäft wurde eine Pauschalrückstellung gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt zum 31. Dezember 2025 unter Berücksichtigung eines erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten unter Beachtung des Loss Given Defaults. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Eventualverbindlichkeiten abgesetzt.

7. Latente Steuern

Es wurden keine latenten Steuern gebildet, da die Bürgschaftsbank als ein Unternehmen zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft durch Übernahme von Ausfallbürgschaften für Kredite und die Vergabe von Garantien steuerbefreit ist.

8. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien mit den valutierenden Beträgen nach Abzug der gebildeten Einzelrückstellungen und Pauschalwertberichtigungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Unter den anderen Verpflichtungen werden Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Der Ausweis unter der Bilanz erfolgte auf Grundlage der laufenden Überwachung der Bürgschafts- und Garantieengagements. Die Risiken wurden im Zuge von Einzelbewertungen der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, Fristengliederung

A k t i v a

EUR

2. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute bestehen in Höhe von 9.881.248,32 EUR (Vorjahr: 8.627.534,38 EUR) gegen Gesellschafter.

Die anderen Forderungen bestehen aus Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu drei Monaten in Höhe von 7.963.245,58 EUR (Vorjahr: 5.926.656,06 EUR) und Forderungen mit einer Restlaufzeit über drei Monaten in Höhe von 1.000,00 EUR (Vorjahr 0,00 EUR).

3. Forderungen an Kunden

nach Restlaufzeiten:

1. bis drei Monate	537.818,97
2. mehr als drei Monate	0,00
	<u>537.818,97</u>

In dem Posten Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 21.548.495,72 EUR handelt es sich ausschließlich um börsennotierte Wertpapiere. In 2025 waren Wertpapiere zum Nennwert von 2.500.000,00 EUR fällig.

Aufgrund der Endfälligkeit zweier festverzinslicher Wertpapiere im Geschäftsjahr 2025 entstanden bei der Einlösung der Wertpapiere Kursgewinne in Höhe von 40.618,70 EUR.

Bei einer Bewertung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach dem Niederstwertprinzip war eine Abschreibung in Höhe von 343.384,72 EUR und eine Zuschreibung in Höhe von 19.258,13 EUR notwendig.

In dieser Position sind keine Forderungen gegen Gesellschafter enthalten.

6. Beteiligungen

Bei der 1995 erworbenen Beteiligung handelt es sich um die Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH, Berlin.

8. Sachanlagen

In dieser Bilanzposition sind 15.058.025,47 EUR für Grund und Boden, für Gebäude und Außenanlagen ausgewiesen.

Des Weiteren enthält die Bilanzposition Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 91.033,76 EUR (Vorjahr: 97.374,35 EUR) sowie geleistete Anzahlungen für geplante Umbauarbeiten an der Immobilie in Höhe von 397.702,55 EUR.

9. Sonstige Vermögensgegenstände

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfallen 18.446,83 EUR (Vorjahr: 1.044.852,14 EUR) auf Forderungen aus Rückbürgschaften durch den Bund und das Land Berlin aufgrund von Kreditausfällen. Weitere 100.116,39 EUR (Vorjahr: 117.282,65 EUR) resultieren aus umsatzsteuerlichen Forderungen gegenüber dem Finanzamt und 20.631,18 EUR betreffen sonstige Forderungen.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte			
	Stand am 01.01.25	U	Zugänge Umbuchung	U	Abgänge Umbuchung	Stand am 31.12.25	Stand am 01.01.25	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.25	Stand am 31.12.25	Stand am 31.12.24
	EURO		EURO		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
I. Immaterielle Anlagevermögen												
1. Software	451.909,95	U	54.875,12 0,00		143.500,00	650.285,07	451.909,95	49.265,87	0,00	501.175,82	149.109,25	0,00
2. Geleistete Anzahlungen EDV	95.500,00		59.970,00		143.500,00	11.970,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.970,00	95.500,00
	547.409,95		114.845,12		287.000,00	662.255,07	451.909,95	49.265,87	0,00	501.175,82	161.079,25	95.500,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstück	10.226.694,87	U	0,00 0,00		0,00	10.226.694,87	0,00	0,00	0,00	0,00	10.226.694,87	10.226.694,87
2. Außenanlagen	25.228,25	U	0,00 0,00		0,00	25.228,25	2.655,62	1.327,81	0,00	3.983,43	21.244,82	22.572,63
3. Bürogebäude	5.848.988,47	U	14.890,47 0,00		0,00	5.863.878,94	877.330,81	176.462,35	0,00	1.053.793,16	4.810.085,78	4.971.657,66
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	339.088,96	U	12.571,84 0,00		28.151,18	323.509,62	241.714,61	18.232,85	27.471,60	232.475,86	91.033,76	97.374,35
5. Mietereinbauten	0,00		0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	U	24.719,05 0,00		24.719,05	0,00	0,00	24.719,05	24.719,05	0,00	0,00	0,00
7. Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	86.050,38		311.852,17		0,00	397.702,55	0,00	0,00	0,00	0,00	397.702,55	86.050,38
	16.526.050,93	0,00 U	363.833,53 0,00	0,00	52.870,23 0,00	16.837.014,23	1.121.701,04	220.742,06	52.190,65	1.290.252,45	15.546.761,78	15.404.348,89
III. Finanzanlagen												
Beteiligungen	5.500,00	U	0,00 0,00		0,00	5.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.500,00	5.500,00
IV. Wertpapiere des Anlagevermögens												
1. Schuldversch./ Festverz. Wertpapiere	20.514.907,97		5.052.524,72		2.484.808,87	23.082.624,02	1.705.348,25	354.936,59	56.237,37	2.004.047,46	21.078.576,56	18.809.559,73
2. Nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00		0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	37.693.868,85	U	5.631.203,37 0,00	U	2.824.678,90 0,00	40.687.393,32	3.276.969,24	624.944,62	108.428,02	3.796.476,73	36.791.917,69	34.314.909,62

Passiva

3. Sonstige Verbindlichkeiten

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen 152.568,09 EUR (Vorjahr: 438.564,86 EUR) auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und 134.373,06 EUR (Vorjahr: 171.354,67 EUR) auf Verbindlichkeiten gegenüber Bund und Land aus beigetriebenen Regressforderungen.

4. Rückstellungen

Die Position „andere Rückstellungen“ enthält im Wesentlichen Rückstellungen für erkennbare Bürgschafts- und Garantierisiken in Höhe von 13.402.428,58 EUR und 3.317.591,96 EUR für latente Kreditrisiken.

Die in 2012 getroffene Entscheidung, auf die Hereinnahme von Risikolebensversicherungen zu verzichten, wurde für neue Engagements in 2021 zurückgenommen. Die in Vorjahren gebildete pauschale Rückstellung in Höhe von 871.000,00 EUR wird aufrechterhalten und steht zur Absicherung für Risiken zur Verfügung, die für Bestandsengagements aus der ursprünglichen Entscheidung entstehen können.

Angaben unter dem Bilanzstrich

Der Gesamtbetrag der am 31.12.2025 valutierenden Bürgschaften und Garantien beträgt nach Abzug der Einzelrückstellungen und Pauschalwertberichtigung 268.302.357,97 EUR. Das Eigenobligo der Bürgschaftsbank beträgt per 31.12.2025 nach Abzug der bestehenden Rückbürgschaften von Bund und Land 82.338.573,45 EUR.

Unter den unwiderruflichen Kreditzusagen werden bereits zugesagte, aber am Bilanzstichtag noch nicht valutierende Bürgschaften in Höhe von 12.880.521,77 EUR ausgewiesen.

Gewinn- und Verlustrechnung

2. Provisionserträge

Ausgewiesen werden laufende Entgelte in Höhe von 7.035.346,84 EUR und Bearbeitungsgebühren in Höhe von 1.365.529,89 EUR.

4. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge in Höhe von 627.135,48 EUR aus der Geschäftsbesorgung für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH und 80.407,50 EUR aus der Geschäftsbesorgung im Rahmen des „Mikromezzaninfonds Deutschland“ enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von 54.292,70 EUR ausgewiesen.

Hierin sind Forderungen aus einer Umsatzsteuerjahreserklärung für das Jahr 2023 in Höhe von 52.149,88 EUR enthalten.

Des Weiteren werden Erträge von 24.980,68 EUR aus Sachbezügen der Überlassung betrieblicher Kraftfahrzeuge, Erträge von 10.184,70 EUR aus Vermietung und Verpachtung sowie Erträge von 16.208,84 EUR aus Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) ausgewiesen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden darüber hinaus Erträge in Höhe von 366.206,13 EUR als Aufwandsunterstützung des Landes Berlin, der Industrie- und Handelskammer Berlin und der Handwerkskammer Berlin für das Projekt „Nachfolgezentrale Berlin“ ausgewiesen.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 16.772,98 EUR für Nachzahlungen von Nebenkosten der Verwaltung ausgewiesen.

11. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden 0,00 EUR dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt.

12. Jahresüberschuss

Der für das Geschäftsjahr 2025 ausgewiesene Jahresüberschuss von 187.735,32 EUR wurde gemäß Gesellschaftsvertrag in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.

Sonstige Angaben

Der Abschlussprüfer hat für das Geschäftsjahr 2024 nach § 285 Nr. 17 HGB Abschlussprüferleistungen erbracht. Hierfür wurde ein Honorar in Höhe von 52.250,00 EUR vereinbart.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 42.651,13 EUR resultieren aus einem abgeschlossenen Pachtvertrag der Bank mit einer Laufzeit bis Mai 2027 und zwei Kfz-Leasingverträgen mit einer Laufzeit bis Januar 2027.

D. Sonstige Angaben

Die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH mit Sitz in Berlin ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter der Nummer HRB 5041 B eingetragen.

2025 wurden durchschnittlich 30 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (fünf Prokuristinnen und Prokuristen sowie 25 kaufmännische Angestellte) beschäftigt.

Geschäftsführer der Gesellschaft waren im Berichtsjahr:

Steffen Hartung, Berlin

Firmenkundengeschäft Marktfolge/Abwicklung, Compliance, Geldwäsche/Zentrale Stelle, Informationssicherheit, Innenrevision, IT, Marketing/Kommunikation/ÖA, Meldewesen, Recht/Grundsatz, Risikocontrolling/Buchhaltung, Revisionsbeauftragter

Peter Straub, Berlin bis 31.10.2025

Firmenkundengeschäft Markt, Datenschutz, Personal.

Melanie Bähr, Berlin ab 01.11.2025

Firmenkundengeschäft Markt, Datenschutz, Personal.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Dem Aufsichtsrat gehörten

Dr. Caroline Toffel

Mitglied des Vorstandes der
Berliner Volksbank eG
Vorsitzende

Dr. Anja Dargel

Generalbevollmächtigte der
Berliner Sparkasse
stv. Vorsitzende

Christian Breckwoldt

Organisationsdirektor der
SIGNAL IDUNA Gruppe Organisationsdirektion Nord/Ost

Nils Busch-Petersen

Hauptgeschäftsführer des
Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e. V. (HBB)
(bis 30. Juni 2025)

Phillip Haverkamp

Geschäftsführer des
Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e. V. (HBB)
(ab 1. Juli 2025)

Andreas Roth

Niederlassungsleiter Firmenkunden Berlin & Großkunden Ost,
Mitglied der Geschäftsleitung der
Commerzbank AG – Mittelstandsbank Mitte/Ost

Henrik Vagt

stellvertretender Hauptgeschäftsführer der
Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Grit Westermann

Mitglied des Vorstandes/Sprecherin der
PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
(bis 31. August 2025)

Jürgen Wittke

Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer Berlin

an.

Stellvertretende Mitglieder des Aufsichtsrates waren

Christian Andresen

Präsident des
Hotel- und Gastronomieverbandes Berlin e.V. (DEHOGA Berlin)

Michael Dehnert

Leiter Kompetenzzentrum Berlin der
INTER Versicherungsgruppe

Thomas Killius

Direktor/Bereichsleiter Firmenkunden der
Berliner Volksbank eG

Till Kraetzer

Bereichsleiter Starter Center und Start-ups der
Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Arne Lingott

Abteilungsleiter Betriebsberatung der
Handwerkskammer Berlin

Daniel Mohaupt

Generalbevollmächtigter der
BBBank eG

(bis 31. August 2025 PSD Bank Berlin-Brandenburg eG)

Karsten Scherff

Direktor Firmenkunden der
Deutsche Bank AG Corporate Bank

Bartho Schröder

Direktor/Leiter Kunden- und Produktmanagement der
Berliner Sparkasse

An die Mitglieder des Aufsichtsorgans wurden Aufwandsentschädigungen von
insgesamt 18.151,89 EUR gezahlt.

Berlin, 16. April 2026

BBB BÜRGERSCHAFTSBANK
zu Berlin-Brandenburg GmbH



Steffen Hartung



Melanie Bähr

Lagebericht

Allgemeines

Die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH (BBB) hat sich zum Ziel gesetzt, die mittelständische Wirtschaft in Berlin zu fördern. Sie stellt Unternehmen aus Handwerk, Handel, Industrie und Dienstleistungen sowie Freiberuflern Bürgschaften und Garantien bereit, soweit die zu finanzierenden Vorhaben betriebswirtschaftlich überzeugen und keine eigenen Sicherheiten vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund ist die wirtschaftliche Lage des Mittelstands eine wichtige Einflussgröße für das Bürgschafts- und Garantiegeschäft der BBB.

Im Jahr 2025 dauerte der militärische Konflikt zwischen der Ukraine und Russland fort. Die Auseinandersetzungen Israels im Gazastreifen konnten zwar befriedet werden, dennoch ist die Situation dort unverändert schwierig. Die Präsidentschaft von Donald Trump, wiederkehrende Zweifel an der Verlässlichkeit transatlantischer Sicherheitsstrukturen – insbesondere der NATO – sowie die militärische Eskalation im Nahen Osten erhöhen die geopolitische Unsicherheit erheblich. Dieses Umfeld erschwert wirtschaftliche Planungen und wirkt sich dämpfend auf zukunftsgerichtete Investitionen aus. Die volatile Zollpolitik der USA schafft ein schwieriges Umfeld für internationale Handelsbeziehungen und beeinflusst maßgeblich Umsatzerwartungen und Rohstoffpreise.

Deutschland, als Land mit einem erheblichen Außenhandelsüberschuss, ist in besonderem Maße von erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit abhängig. Das geplante Konjunkturpaket, finanziert durch das Sondervermögen, ist im Jahr 2025 im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht angekommen und zeigt bislang auch im gesamten Konjunkturverlauf keine spürbare Wirkung.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl von Unternehmensinsolvenzen in Deutschland weiter gestiegen. So lag Ende 2025 die Anzahl der Insolvenzanmeldungen 10,3 % über den Werten vom Jahresende 2024. Die Creditreform Deutschland gab in ihren Wirtschaftsnews im Januar 2026 ein Zehnjahreshoch bei der Anzahl von Unternehmensinsolvenzen bekannt.

Für Berlin stellte sich die Entwicklung für 2025 günstiger dar: Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber dem Jahr 2024 deutlich um 8,4 % zurück. Allerdings war für Berlin auch in 2024 ein über dem Bundesschnitt liegender Anstieg zu verzeichnen, so dass es sich eher um eine Korrektur oder einen Stichtageffekt handeln dürfte. Berlin ist aufgrund seines traditionell hohen Anteils an Dienstleistungsunternehmen sowie einer insgesamt kleinteiligen Unternehmensstruktur besonders anfällig für wirtschaftliche Verwerfungen. Auch im Portfolio der BBB haben der Dienstleistungssektor sowie kleine Unternehmen einen erheblichen Anteil. Entsprechend zeigt sich auch hier ein Anstieg gefährdeter Unternehmen.

Die Europäische Zentralbank setzte im ersten Halbjahr 2025 ihre Zinssenkungen bei den maßgeblichen Leitzinsen in der Eurozone fort. Im zweiten Halbjahr erfolgten keine weiteren Zins-schritte.

Die Inflationsrate in der Eurozone lag zum Jahresende 2025 in der Nähe des von der Europäischen Zentralbank angestrebten mittelfristigen Zielwerts von 2,0 %. Das Zinsniveau im Jahr 2025 setzte jedoch keine ausreichenden Impulse für eine zunehmende Investitionsbereitschaft.

Dennoch konnte Deutschland nach zwei Rezessionsjahren im Jahr 2025 wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum verzeichnen. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte BIP um 0,2 % (2024: -0,2 %).

In diesem Umfeld ist weiterhin eine spürbare Investitionszurückhaltung zu beobachten. Laut dem Kreditmarktausblick der KfW vom Dezember 2025 nahm die Neuvergabe von Unternehmenskrediten nominal lediglich um 1,9 % zu, während sie preisbereinigt sogar rückläufig war.

Der ifo Geschäftsklimaindex als wichtiges Barometer für die Geschäftslage der Unternehmen stieg im Jahresverlauf 2025 leicht an, blieb jedoch zum Jahresende mit einem Indexstand von 87,6 auf einem weiterhin niedrigen Niveau. Eine vergleichbare Entwicklung zeigte sich auch beim Index der Geschäftserwartungen der Unternehmen.

Der GfK-Konsumklima-Index setzte seine Erholung nach den Tiefstständen des Jahres 2022 nicht weiter fort. Im Jahresverlauf entwickelte sich der Index überwiegend seitwärts und lag im Dezember 2025 nur geringfügig unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Insgesamt verharrte der Index unverändert auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und signalisiert eine anhaltend zurückhaltende Konsumbereitschaft der privaten Haushalte.

Das Gründungsgeschehen in Deutschland hat sich im Jahr 2025 leicht positiv entwickelt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom März 2026 wurden 7,7 % mehr Gewerbeanmeldungen verzeichnet als im Vorjahr. Berlin lag bis zum dritten Quartal 2025 mit einem Zuwachs von 6,6 % bei den Gewerbeanmeldungen leicht unterhalb des bundesweiten Niveaus.

Im Antragsverhalten für Gründungen mit Unterstützung der BBB zeigt sich für Berlin ein differenziertes Bild. Im wirtschaftlich schwierigen Umfeld des Jahres 2025 wurden 84 Existenzgründungen (Vorjahr: 110) mit einem Finanzierungsvolumen von rund 42 Mio. EUR (Vorjahr: 40 Mio. EUR) unterstützt. Insgesamt deutet dies auf steigende durchschnittliche Finanzierungsvolumina hin. Ein Grund hierfür ist die wachsende Bedeutung von Nachfolgefinauzierungen innerhalb der Existenzgründungen. Mit 35 Fällen (Vorjahr: 35) entfielen rund 42 % der geförder-ten Gründungen auf Unternehmensnachfolgen, allerdings bei einem höheren durchschnittlichen Finanzierungsvolumen.

Der verhaltene Bedarf an Unternehmensfinanzierungen spiegelt sich auch im Bürgschaftsgeschäft der BBB im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Gleichwohl entwickelte sich das Förderergebnis im Neugeschäft zufriedenstellend und lag über dem gesetzten Zielwert. Auch im Beteiligungsgeschäft zur Stärkung der Eigenkapitalbasis konnte gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verbesserung erzielt werden.

Im Jahr 2025 mussten deutlich weniger Ausfallzahlungen geleistet werden als ursprünglich prognostiziert. Inwieweit es sich hierbei um eine Trendumkehr gegenüber dem im Vorjahr zu verzeichnenden Anstieg handelt, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen. Gegen eine solche Entwicklung spricht jedoch, dass die BBB im Jahr 2025 eine deutlich höhere Risikoversorge für mögliche Ausfallzahlungen bilden musste.

Die Prognosen zur regionalen, überregionalen und globalen wirtschaftlichen Entwicklung bleiben weiterhin schwierig und sind mit erheblicher Unsicherheit verbunden. Für Unternehmen, aber auch für die Banken und Sparkassen wird es zunehmend wichtiger, flexibel und mit hoher Anpassungsgeschwindigkeit auf Marktentwicklungen zu reagieren. Auch die BBB steht vor der Aufgabe, diesen Anforderungen sowohl in ihrer Rolle als Bank als auch als Partner der KMU und der Kreditinstitute gerecht zu werden.

Förderleistung 2025

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind das provisionstragende Bestandsvolumen sowie das Bewertungsergebnis. Die Entwicklung des Bestandsvolumens wird maßgeblich durch das angestrebte Neugeschäftsvolumen bestimmt. Darüber hinaus wird ein zumindest ausgeglichenes Betriebsergebnis nach Bewertung angestrebt.

Die BBB konnte im Jahr 2025 das Neugeschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr steigern; die selbst gesetzten und anspruchsvollen Ziele wurden sogar übertroffen. Auch hinsichtlich der durchschnittlichen Bonität, ermittelt anhand der Ratingnoten des genehmigten Bürgschafts- und Garantievolumens, konnten die Zielwerte übertroffen werden. Die Ausfallzahlungen wirken sich grundsätzlich negativ auf das Bestandsvolumen aus, auch wenn sie deutlich unter den Erwartungen liegen.

Das Bewertungsergebnis zeigt ein differenziertes Bild. Sowohl Auflösungen als auch der zusätzliche Bedarf an Rückstellungen liegen über den Erwartungen. Insgesamt fällt das Bewertungsergebnis damit ungünstiger aus als für das Jahr 2025 erwartet.

Die Entwicklung im Einzelnen:

Im Jahr 2025 ist das Volumen der Kredite und Beteiligungen, für die eine Besicherung beantragt wurde, auf 110,3 Mio. EUR gestiegen (+ 4,7 %). Für Finanzierungen in Höhe von 91,2 Mio. EUR konnten Bürgschaften und Garantien übernommen werden (+ 4,0 %). Damit liegen sowohl das Antrags- als auch das Fördervolumen über den Ergebnissen des Vorjahres und über den ambitionierten Zielen für das Geschäftsjahr 2025.

Das von der BBB im Berichtsjahr neu übernommene Obligo beträgt 63,9 Mio. EUR (- 2,8 %) und ist damit leicht gesunken. Die Genehmigung des Fördervolumens erfolgte weiterhin nach unveränderten Maßstäben und unter Berücksichtigung einer vertretbaren Erhöhung des relativen kalkulatorischen Risikos. Zum Bilanzstichtag stieg der Gesamtbestand der Bürgschaften und Garantien (einschließlich der nicht valutierenden Bürgschaften) vor Bildung der Risikovorsorge auf 299,0 Mio. EUR (nach 297,4 Mio. EUR im Vorjahr und 294,6 Mio. EUR in 2023).

Durch die Reduzierung der Haftungsanteile der öffentlichen Hand in der neuen Förderperiode von 2023 bis 2027 ist das Eigenobligo der Bank erwartungsgemäß von 77,3 Mio. EUR auf 82,3 Mio. EUR gestiegen.

Im Anlagegeschäft weist die BBB zum Jahresende 0,3 Mio. EUR Abschreibungen und 0,06 Mio. EUR Zuschreibungen bzw. realisierte Kursgewinne fälliger Anlagen aus. Das Bewertungsergebnis im Bürgschafts- und Garantiegeschäft fällt 2025 mit - 4,2 Mio. EUR deutlich höher aus als erwartet und ist weiterhin geprägt von einer unverändert konservativen Risikovorsorgepolitik in einem krisengeprägten Umfeld.

Im Berichtsjahr leistete die Bank in 67 Fällen (Vorjahr: 64 Fälle) Ausfallzahlungen aus übernommenen Bürgschaften und Garantien in Höhe von 7,9 Mio. EUR (Vorjahr: 13,7 Mio. EUR). Der auf die BBB entfallende Eigenanteil beträgt 1,9 Mio. EUR (nach 3,2 Mio. EUR im Vorjahr und 1,9 Mio. EUR in 2023). Erfreulich ist, dass die Ausfallzahlungen damit deutlich unter den Prognosen liegen.

Als Geschäftsbesorgerin der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH (MBG) verantwortete die BBB auch die Umsetzung des Mikromezzaninfonds, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aus Mitteln des ERP-Sondervermögens sowie des Europäischen Sozialfonds bereitgestellt wurde.

Zum Bilanzstichtag beschäftigte die Bank insgesamt 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter zwei Geschäftsführer sowie sechs Teilzeitkräfte. Die Mitarbeitenden sind im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages ebenfalls für die MBG tätig.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung für das Jahr 2025 beträgt 4,6 Mio. EUR (Vorjahr: 4,7 Mio. EUR) und deckt das Risiko aus Bürgschaften und Garantien vollständig ab. Das Betriebsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Provisionsüberschuss	EUR 8,4 Mio.	Vorjahr: EUR 8,3 Mio.
Zinsüberschuss	EUR 0,8 Mio.	Vorjahr: EUR 0,8 Mio.
Verwaltungsaufwand	EUR -5,6 Mio.	Vorjahr: EUR -5,3 Mio.
Sonstiges	EUR 1,1Mio.	Vorjahr: EUR 0,9 Mio.

(In der Aufsummierung kommt es zu Abweichungen aufgrund von Rundungsdifferenzen.)

Die Entwicklung der Risikovorsorge liegt über der Prognose, so dass im Berichtsjahr keine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken erfolgen konnte (Vorjahr: Zuführung in Höhe von 3,8 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis in Höhe von 188 TEUR (Vorjahr: 226 TEUR) ermöglicht eine satzungsgemäße Zuführung zu den Gewinnrücklagen.

Risikolage

Die Bank hat zur Abdeckung des Kreditausfallrisikos Rückstellungen für Einzelrisiken in Höhe von 13,7 Mio. EUR (Vorjahr: 12,4 Mio. EUR) gebildet und damit die Risikovorsorge für Einzelrisiken leicht erhöht. Im Bereich der Pauschalrückstellungen erfolgte eine deutliche Aufstockung der Risikovorsorge auf Basis der Verlustquoten-Entwicklung der letzten Jahre. Unter Berücksichtigung aller Risikovorsorgemaßnahmen sind 39,9 % des Obligos gedeckt (Vorjahr: 38,8 %).

Die Entwicklung der Quote entspricht den Erwartungen und ist sowohl auf die Bildung der Einzelrückstellungen als auch die deutliche Zuführung zu den Pauschalrückstellungen zurückzuführen. Angesichts der im Kundensegment kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weiterhin deutlich volatilen Entwicklung ist diese Risikovorsorgequote sowohl sinnvoll als auch angemessen. Der erforderliche Risikovorsorgebedarf konnte vollständig aus dem Betriebsergebnis abgedeckt werden.

Finanz- und Vermögenslage

Die Vermögenswerte der Bank bestehen im Wesentlichen aus Sicht- und Termineinlagen bei Kreditinstituten, aus erworbenen Bundes- und europäischen Staatsanleihen sowie aus der weitgehend zur Eigennutzung gehaltenen Immobilie.

Wie bereits im Vorjahr war auch 2025 die Finanzlage durch jederzeit ausreichende Liquidität gekennzeichnet. Die Finanzlage zeigte sich stabil und belastbar.

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß Teil 2/Titel 1 CRR belaufen sich zum 31.12.2025 auf 28,9 Mio. EUR (Vorjahr: 28,8 Mio. EUR) und setzen sich – vorbehaltlich der endgültigen Feststellung des Jahresabschlusses – wie folgt zusammen:

dem gezeichneten Kapital von	EUR 4,3 Mio. (Vorjahr: EUR 4,3 Mio.)
der Kapitalrücklage von	EUR 3,7 Mio. (Vorjahr: EUR 3,7 Mio.)
der Gewinnrücklage von	EUR 6,1 Mio. (Vorjahr: EUR 5,9 Mio.)
den Vorsorgepositionen von	EUR 15,0 Mio. (Vorjahr: EUR 15,0 Mio.)
abzüglich der immateriellen Vermögensgegenstände	EUR 0,2 Mio. (Vorjahr: EUR 0,1 Mio.)

(In der Aufsummierung kommt es zu Abweichungen aufgrund von Rundungsdifferenzen.)

Die Gesamtkapitalquote zum Meldestichtag 31.12.2025 lag bei 30,5 %. Für den Jahresabschluss errechnet sich eine Quote von 34,7 % insbesondere bedingt durch die entlastende Wirkung der in 2025 vorgenommenen Kreditrisikoanpassungen. Damit liegt die BBB deutlich über der erwarteten Gesamtkapitalanforderung einschließlich der Eigenmittelempfehlung von 14,0 %, der Kernkapitalanforderung von 8,5 % und der harten Kernkapitalanforderung von 6,4 %. Die Anforderungen gemäß CRR werden somit vollständig eingehalten.

Insgesamt spiegeln Ertrags-, Finanz-, Vermögens- und Risikolage eine solide Situation der Bank wider.

Risikobericht

Die BBB hat gemäß § 25a Abs. 1 S. 1 und 2 KWG ein Risikomanagement zur Sicherung des Fortbestandes der Bank eingerichtet, das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Dieses umfasst die Beobachtung der konjunkturellen Marktentwicklung, der Rahmenbedingungen sowie die Berücksichtigung allgemeiner unternehmerischer Risikofaktoren. Darüber hinaus werden spezifische Bankrisiken überwacht, darunter Adressenausfall-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken sowie operationelle und sonstige Risiken. Nach Neuverhandlung der Rückbürgschafts- und Rück-

garantieerklärungen für die Jahre 2023 bis 2027 sind die Bürgschaften auf 2,0 Mio. EUR und die Garantien grundsätzlich auf 1,5 Mio. EUR begrenzt; in Ausnahmefällen können Garantien bis maximal 2,5 Mio. EUR gewährt werden.

Die Identifizierung, Bewertung, Begrenzung und Überwachung der genannten Risiken erfolgt EDV-gestützt über ein Limitsystem. Die Summe der in die Risikotragfähigkeit einbezogenen Bewertungen liegt unterhalb des Gesamtbankrisikobudgets, so dass die Risikotragfähigkeit der Bank gewährleistet ist. Die Auslastung der in ökonomischer Perspektive festgelegten Limite beträgt zum Bewertungsstichtag 80,0 %. Die Überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch eine sorgfältige Prüfung vor Obligoübernahme sowie durch ein anschließendes kontinuierliches Monitoring. Je nach Ausgangslage werden vergangenheitsbezogene Bilanzzahlen und/oder Businesspläne analysiert. Ergänzend kommt im Kundengeschäft ein gemeinsam mit den übrigen Bürgschaftsbanken entwickeltes Ratingsystem zum Einsatz. Die Schätzung des erwarteten Ausfallrisikos im Kundengeschäft erfolgt auf Basis des Ratings, angepasst durch einen bankspezifischen Faktor. Zur Ermittlung des unerwarteten Ausfallrisikos nutzt die Bank das aufsichtsrechtlich anerkannte Gordy-Modell für alle Geschäftsfelder.

Die Bank unterteilt den Bürgschafts- und Garantiebestand in drei Risikoklassen entsprechend der jeweiligen Ausfallgefährdung. Die Einstufung erfolgt situationsabhängig, sowohl bei aktuellen Bonitätsänderungen als auch in festgelegten Intervallen. Das Management-Informationssystem ermöglicht jederzeit einen Überblick, unter anderem über die Verteilung des Bürgschafts- und Garantievolumens nach Branchen, Größenklassen und Risikofaktoren sowie über den Risikovorsorgebedarf.

In den Geldanlagen sind die Adressenausfallrisiken gering, da die Bank im Wesentlichen bei ihren Gesellschafterbanken kontrahiert. Seit der Anpassung der Anlagestrategie in 2022 erfolgt die Anlage in Schuldtitel der Bundesrepublik Deutschland sowie weiterer bonitätsstarker Länder der Europäischen Union. Mit dieser Maßnahme verfolgt die BBB sowohl den Diversifikationsgedanken als auch die Nutzung der Rendite-Spreads gegenüber den Bundstiteln. Die Bank gilt als Nichthandelsbuchinstitut. Die von der BBB vorgegebenen Anlagerestriktionen sowie die einschlägigen Stressszenarien und Risikokennziffern werden regelmäßig überwacht.

Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungs- oder Kursrisiken bestehen nur in überschaubarem Umfang.

Hinsichtlich der langfristig verfügbaren Anlagemittel hält die Bank an ihrer konservativen Anlagestrategie fest.

Das Liquiditätsrisiko ist aufgrund des vergleichsweise stabilen Geschäfts sowie der jederzeit bzw. kurzfristig verfügbaren Bankguthaben und Termingelder gering. Die Zahlungsströme sind weitgehend planbar.

Die Bank ermittelt und steuert die operationellen Risiken ebenfalls mittels eines innerbetrieblichen Überwachungssystems. Unter strenger Beachtung der internen Richtlinien sowie der Allgemeinen Bürgschafts- und Garantiebestimmungen sind die Rechtsrisiken als gering einzustufen. Auch Betriebsrisiken bestehen nur in eingeschränktem Umfang, da diesen durch die gezielte Einbindung Dritter, beispielsweise im EDV-Bereich, wirksam begegnet wird.

Risiken im Personalbereich werden durch verschiedene Maßnahmen (z. B. Vergütungssystem, Weiterbildung, Gesundheitsmanagement) begrenzt.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen für die BBB im Hinblick auf

- die Rückbürgschaften vom Land Berlin in Höhe von 80 % des einzelnen Bürgschaftsbetrags im Rahmen der Wirtschaftsförderprogramme „bbbsocial“ und „bbbwelcome“
- die Rückbürgschaften vom Bund und Land Berlin in Höhe von 65 % des einzelnen Bürgschaftsbetrages (Bund: 39 %, Land Berlin: 26 %) sowie auf
- die Rückgarantien vom Bund und Land Berlin in Höhe von 70 % des einzelnen Garantiebetrages (Bund: 39 %, Land Berlin: 31%)
- die Rückgarantien vom Bund in Höhe von 80 % des einzelnen Garantiebetrages im Rahmen des Programms „ERP-Förderkredit Gründung und Nachfolge“ (ERP-FGN)

nicht.

Risikotragfähigkeit

Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit werden neben der normativen Perspektive, die den Kapitalplanungsprozess fortführt, auch die ökonomische Perspektive mit einer barwertnahen Betrachtung herangezogen. Die sinnvolle Verknüpfung und der Vergleich beider Perspektiven dienen dem Ziel, die aufsichtlichen Anforderungen zu erfüllen und die langfristige Fortführung des Institutes aus eigener Substanz und Ertragskraft sicherzustellen.

Ergänzt wird das Risikotragfähigkeitskonzept durch entsprechende Stresstests. Über die Einbindung in die internen Risikosteuerungs- und Controllingprozessen wird die Einhaltung aller Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie gewährleistet.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung kann die Bank die aufsichtlichen Anforderungen erfüllen und weist eine positive langfristige Fortführungsprognose auf.

Prognose- und Chancenbericht

Die internationalen Spannungen und die massiven geopolitischen Verwerfungen haben im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Dies wirkt sich erheblich auf Rohstoffpreise, den internationalen Handel sowie die konjunkturelle Entwicklung in Europa aus. Die Zollpolitik der USA, das politische Handeln des amerikanischen Präsidenten sowie die Reaktionen der Europäischen Union prägen derzeit auch die konjunkturellen Aussichten für die Bundesrepublik Deutschland. Die Auswirkungen des im ersten Quartal 2026 aufgeflammtten Konflikts mit dem Iran sind nur sehr schwer absehbar, werden jedoch belastend auf die Weltkonjunktur wirken.

Auch Berlin wird sich diesen Entwicklungen nicht entziehen können. Die Deutsche Bundesbank erwartet für Deutschland im Jahr 2026 ein Wirtschaftswachstum von 0,6 %, während die Prognosen von DIHK und KfW etwas höher ausfallen.

Unverändert steht die Gesellschaft hinsichtlich der Auswirkungen der Klimaentwicklung vor erheblichen transformatorischen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund eröffnen sich für die BBB zusätzliche Möglichkeiten zur Markterschließung im Bereich Bürgschaften und Garantien.

Mit dem Angebot zur Unterstützung von Finanzierungen kleiner und mittlerer Unternehmen ist die BBB gut positioniert. Vor dem Hintergrund einer schwieriger werdenden Wirtschaftslage und zunehmender Unternehmensausfälle werden Banken und Sparkassen künftig die Risikominderung stärker in den Mittelpunkt stellen.

Sowohl die deutschen Bürgschaftsbanken insgesamt als auch die BBB können der Nachfrage nach gezielten Förderinstrumenten mit passenden Angeboten gerecht werden. Durch die aktuellen Rückbürgschaften und Rückgarantien bis 2027 hat sich das Angebot für Unternehmen und Banken erwartungsgemäß verbessert. Neben gestiegenen Höchstbeträgen konnten auch Bedingungen erreicht werden, die zu Prozesserleichterungen bei den Hausbanken führen.

Nachfolgend die Prognose der Leistungsindikatoren:

Prognose	2026
Neugeschäftsvolumen zu verbürgende Kredite/zu garantierende Beteiligungen	EUR 93,3 Mio.
Bestandsvolumen Bürgschaften/Garantien	EUR 301,8 Mio.
Bewertungsergebnis	EUR -3,5 Mio.
Betriebsergebnis nach Bewertung	> 0

Mit diesen Erwartungen unserer wesentlichen Leistungsindikatoren setzen wir unseren erfolgreichen Kurs weiter fort. Wir folgen damit weiter einem mittel- und langfristigen Wachstumspfad. Wir sind zuversichtlich, dass wir mit diesen Zielwerten auch angesichts des unwägbareren wirtschaftlichen Umfeldes unsere Position als verlässlicher Partner der Banken, Sparkassen und des Berliner Mittelstands stabil weiter ausbauen können.

Berlin, 16. April 2026

BBB BÜRGSCHAFTSBANK
zu Berlin-Brandenburg GmbH



Steffen Hartung



Melanie Bähr

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin (im Folgenden "Gesellschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, 27. April 2026

AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Katja Hampe

Wirtschaftsprüferin

Holger Rosenhagen

Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates 2025

Im vergangenen Jahr hat der Aufsichtsrat der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH (BBB) seine Überwachungsfunktion mit der gebotenen Sorgfalt wahrgenommen und die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse in zwei Sitzungen gefasst. In fünf sachlich gerechtfertigten Einzelfällen erfolgten Beschlussfassungen im schriftlichen Umlaufverfahren. Die Umsetzung aller Beschlüsse wurde vom Aufsichtsrat kontinuierlich nachgehalten. Damit hat er alle ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates unterlagen im Geschäftsjahr 2025 keinen Interessenkonflikten, die Auswirkungen auf die Arbeit des Aufsichtsrates gehabt haben könnten.

Der Aufsichtsrat hat im Kalenderjahr zwei ordentliche Sitzungen durchgeführt.

Wesentliche Inhalte der Aufsichtsratssitzungen

Das Geschäftsjahr 2025 war geprägt von einer schwierigen politischen und gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland. Bei negativen Konjunkturindikatoren zeigte sich ein starker Anstieg im Insolvenzgeschehen von kleinen und mittleren Unternehmen und eine rückläufige preisbereinigte Wirtschaftsleistung.

Die Geschäftsführung berichtete in den Sitzungen des Aufsichtsrates über die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie die strategische Ausrichtung der Bank. Des Weiteren wurde über die Unternehmensplanung, das Risiko- und Liquiditätsmanagement und über Geschäfte und Ereignisse informiert, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Die Berichte zur Finanz- und Risikosituation wurden in jeder ordentlichen Sitzung behandelt. Ferner wurde der Aufsichtsrat quartalsweise mit den Risikoberichten über Geschäftsgang und Risikoentwicklung der Bank informiert.

Es gab keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen bankaufsichtsrechtliche Regelungen, insbesondere im Bereich des Risikomanagements oder sonstiger interner oder externer Kontrollen.

Der Aufsichtsrat unterstützt alle Schritte der Bank nachdrücklich, die Unternehmenskultur auf allen Ebenen weiterzuentwickeln und damit eine weitere Basis für die Herausforderungen der Zukunft zu legen.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat aufgrund der Proportionalität im Hinblick auf Größe und Komplexität des Geschäftes der Bank auf die Einrichtung von Ausschüssen im Sinne der § 25d Absätze 7ff. KWG verzichtet. Sämtliche Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat als Gesamtorgan wahr.

Zur Vorbereitung für die Beschlüsse des Aufsichtsrates in Personalangelegenheiten ist ein Personalausschuss eingerichtet. Im zurückliegenden Geschäftsjahr tagte der Personalausschuss in zwei Sitzungen mit der Geschäftsführung. Der Personalausschuss hat sich zur Personalstrategie der Bank, zum Vergütungssystem und der damit einhergehenden Einhaltung der Institutsvergütungsverordnung im Jahr 2025 berichten lassen. Darüber hinaus beschäftigte er sich mit der strategischen Nachfolgeplanung in der Geschäftsführung. In mehreren Sitzungen wurden die Personalentscheidungen für den Aufsichtsrat vorbereitet – insbesondere die Abberufung von Peter Straub als Geschäftsführer und die Bestellung von Melanie Bähr als Geschäftsführerin.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung, Einhaltung bankaufsichtsrechtlicher Vorschriften

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 wurden von der AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft als Abschlussprüfer geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer berichtete dem Aufsichtsrat in der Sitzung am 20. Mai 2026 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Der Aufsichtsrat hat – ebenfalls in der Sitzung am 20. Mai 2026 – über die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung beraten. In diesem Zusammenhang hat er vorab Einsicht in Jahresabschluss, Jahresbericht, Lagebericht und die Entscheidung der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresüberschusses erhalten. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss oder den Lagebericht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den von der Geschäftsführung zum 31. Dezember 2025 aufgestellten Jahresabschluss. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss 2025 festzustellen.

Personalien Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Im Berichtsjahr gab es zwei Änderungen im Aufsichtsrat:

Nils Busch-Petersen, Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V., hat sein Mandat zum 30. Juni 2025 niedergelegt. Für ihn wurde Phillip Haverkamp, Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V., zum ordentlichen Mitglied in den Aufsichtsrat der BBB bestellt. Zudem hat Grit Westermann, BBBank eG, vormals PSD Bank Berlin-Brandenburg eG, ihr Mandat zum 31. August 2025 niedergelegt. Bis zu den Neuwahlen übernimmt ihr Stellvertreter Daniel Mohaupt, BBBank eG, das Mandat.

Im Berichtsjahr gab es eine Änderung in der Geschäftsführung:

Peter Straub ist mit Wirkung zum Ablauf des 31. Oktober 2025 aus der Geschäftsführung der BBB ausgeschieden. Melanie Bähr wurde am 1. November 2025 zur Geschäftsführerin der BBB bestellt.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihre erfolgreiche Arbeit.

Berlin, 20. Mai 2026

Für den Aufsichtsrat

Die Vorsitzende

A handwritten signature in blue ink, reading 'Toffel', written in a cursive style.

Dr. Caroline Toffel



BürgschaftsBank
Berlin

Impressum

BBB Bürgschaftsbank zu
Berlin-Brandenburg GmbH

Franklinstraße 6
10587 Berlin

Telefon 030-311 00 4-0
Telefax 030-311 00 4-55
info@buergschaftsbank.berlin
be.ermoeglicher.de

